

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung im Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Anzeigen 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948.  
Erscheinung: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 196

Mittwoch, den 24. August 1921

12. Jahrgang

## Der Kampf gegen die russische Hungernot.

### Die „Iswestija“ über die Vorbedingungen der Auslandshilfe.

D. E. In den sowjetamtlichen Moskauer „Iswestija“ erklärt der Chefredakteur Stelkow, daß die Sowjetregierung von den bürgerlichen Staaten eine Hilfsaktion für die hungernden in Anspruch zu nehmen bereit sei, jedoch mit der Vorbedingung der absoluten Unantastbarkeit der Souveränität der Sowjetregierung und ihres Rechtes, das Schicksal Russlands selbst zu bestimmen. Das autonome Moskauer Hilfskomitee bereitet die erste Lebensmittelfsendung in die Wolgagebiete vor: aus Petersburg soll ein besonderer Sanitätszug abgehen. Zum Stellvertreter des Vizepräsidenten des Moskauer autonomen Hilfskomitees Nikolow ist für die Zeit seiner Auslandsreise der Volkskommissar für Gesundheitswesen Stenasko von der Sowjetregierung ernannt worden. Der Vorsitzende des Helssingforscher Akademischen Hilfskomitees Prof. Mikolow hat die vom Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gespendete eine Million Kronen zur Unterstützung der russischen Gelehrten übernommen.

### Abhängigkeit der unentgeltlichen Verteilung von Bedarfsartikeln in Sowjetrußland.

D. E. Ein Dekret des Rates der Volkskommissare ordnet mit sofortiger Wirkung an, daß für sämtliche Bedarfs- und Wirtschaftsartikel, die von den staatlichen Wirtschaftsorganen an Privatpersonen und deren Verbände, darunter auch an Gewerkschaften, verteilt werden, unbedingt Zahlung erhoben werden soll. Auch die Benutzung aller staatlichen Einrichtungen ist künftig kostenpflichtig. Die Preise sollen den Marktpreisen entsprechen und, wo solche nicht festzustellen sind, nach den Friedenspreisen unter Berücksichtigung der Geldentwertung kalkuliert werden. Unentgeltlich bleiben sollen auch in Zukunft Arzneimittel, staatliche Naturalzuwendungen für Kinderernährung und zu Unterstützungszwecken, Arbeitskleidung und Naturalverpflegung, die den staatlichen Arbeitern und Angestellten mit ihren Familien zuerkannt wird. Die Wohnungsfrage soll demnächst auch einheitlich für die ganze Sowjetrepublik, ebenfalls nach dem Grundsatz der Kostenpflichtigkeit, geregelt werden. Staatliche Arbeiter und Angestellte sollen indessen unentgeltliche Wohnungen behalten bzw. soll die Miete für ihre Wohnungen an die Privathausbesitzer vom Staate gezahlt werden.

### Die Verhandlungen über die Aufbesserung der Gehälter und Bezüge bei den Reichsbehörden.

Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und den Beauftragten der Beamtenorganisationen und der Gewerkschaften, bei denen der Reichskanzler wiederum den Vorsitz führte, haben zu keiner Einigung geführt. Der Reichskanzler erklärte in einer kurzen Ansprache, daß die Regierung sich die Forderungen der Gewerkschaften nicht in allen Punkten zu eigen machen könnte. Um einen Abbruch der Besprechungen zu vermeiden, erklärte der Reichskanzler schließlich, daß er heute die Besprechungen in der Reichskanzlei fortzusetzen wünsche, und daß er zu dieser Sitzung die Fraktionsführer des Reichstages laden werde.

### Berlin, 23. Aug. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden über die Aufbesserung der Gehälter und Bezüge werden fortgesetzt. Sie werden noch einige Tage andauern.

### Die bayrischen Sozialisten für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Blättermeldungen aus München zufolge beschloß gestern das Plenum des Münchener Stadtparlamentes mit den Stimmen der sozialistischen Parteien die bayerische Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung Schritte zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu unternehmen. Die Mitglieder der bürgerlichen Parteien hatten vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen.

### Der Internationale Bauarbeiterverband gegen die Kommunisten.

Innsbruck, 23. Aug. Wie die „Volkszeitung“ meldet, ist bei dem gestern hier eröffneten Bauarbeiterkongress Deutschland, Italien, Dänemark, Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Luxemburg vertreten. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Paepow wurde der Antrag der Italiener auf Zulassung der Vertreter des russischen Bauarbeiterverbandes abgelehnt, worauf die italienischen Delegierten den Saal verließen.

Innsbruck, 23. Aug. In der gestrigen Sitzung des internationalen Bauarbeiterkongresses wurde das vom Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands und der Moskauer Internationale gestellte Ersuchen, dem Kongress beizuwohnen zu dürfen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

### Hymans als Berichterstatter des Völkerbundesrates über Oberschlesien.

Der ursprünglich als Berichterstatter des Völkerbundes über Oberschlesien vorgesehene spanische Senator Quinones de Leon hat seine Aufgabe nach Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Äußeren abgelehnt. Die Nachricht ist zwar noch nicht amtlich bestätigt, doch erscheint ihre Richtigkeit, wie der „Temps“ bemerkt, nicht zweifelhaft.

Nach einer Meldung des „Intransigent“ glaubt man in Pariser offiziellen Kreisen, daß der belgische Delegierte Hymans (unter dessen Vorsitz bekanntlich auch die polnisch-litauischen Verhandlungen über Wilna stattgefunden haben) zum Berichterstatter in der oberschlesischen Frage ernannt werde.

Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Erklärung: Welches auch die Beweggründe gewesen sind, die Quinones de Leon veranlaßt haben, die Berichterstattung über die oberschlesische Frage abzulehnen, sie können in keiner Weise die Prüfung der Streitfrage irgendwie verzögern. In diplomatischen Kreisen erklärt man, daß Vicomte Schli die Ablehnung von Quinones de Leon nicht als endgültig betrachte.

London, 23. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die auf Veranlassung der spanischen Regierung erfolgte Weigerung des Senators Quinones de Leon, das Amt eines Berichterstatters für den Völkerbund in der oberschlesischen Frage zu übernehmen, ist außerordentlich bedauerlich. Die Ablehnung ist wohl auf die überhöchste Zurückzuführen, die in der deutschen Presse bezüglich der mutmaßlichen Haltung des spanischen Diplomaten erschienen sind, und die die französische Presse zu scharfen Äußerungen veranlaßt haben. Die spanische Regierung befürchtet anscheinend, daß sie sich durch eine Beteiligung an der oberschlesischen Grenzfrage Feindschaft zuzieht. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß infolge der Belagerung des spanischen Vertreters im Völkerbundesrat nur noch zwei Mitglieder vorhanden seien, die in der Lage seien, die unparteiliche Rolle eines Berichterstatters zu übernehmen, nämlich der belgische Berichterstatter (1) und der Brasilianer da Cunha.

Frankreichs Vertreter auf der Genfer Völkerbundesversammlung ist wieder Leon Bourgeois. Als stellvertretende Mitglieder der französischen Delegation für die Völkerbundesversammlung gehen Senator Reynald, Abgeordneter Roblemaire und Abgeordneter Hennessy, lauter Anhänger der schärfsten französischen Gewaltpolitik, nach Genf. Zu Vertretern Dänemarks bei den Genfer Völkerbundesversammlungen wurden ernannt der dänische Oberste in Stockholm Kammerherr Norus Jahl, der Folkethingabgeordnete Dr. Rollesen und der ehemalige Verteidigungsminister Folkethingabgeordnete Dr. Mundt.

Berlin, 24. Aug. Wie die Blätter aus Oppeln melden, teilte gestern die interalliierte Kommission amtlich mit: „General de Marini ist am Sonnabend, den 20. August nach Oppeln zurückgekehrt. Er hat an diesem Tage den Vorsitz der interalliierten Kommission, der seit dem 3. d. Mts. dem französischen Generalkonsul Henry Bonnat anvertraut war, übernommen.“

Berlin, 23. Aug. Zur Verstärkung der interalliierten Truppen in Oberschlesien werden zwei Bataillone und eine Brigade vom Rheinland nach Oberschlesien beordert. Die Transporte beginnen am 23. August und laufen über die Strecke Bischofsheim—Frankfurt—Süd-Hanau—Ost-Fließen—Blankenhein—Verstungen—Welschensfeld—Tauscha—Dobrilug—Sagan—Arnsdorff—Liegnitz—Mochern—Frankau—Karlsmarkt—Oppeln. Täglich werden vier Züge gefahren. Die Bevölkerung der von den Transporten berührten Gebieten wird zur Vermeidung von unliebsamen Vorfällen darauf hingewiesen, daß es im allgemeinen Interesse liegt, diesen Transporten keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

### Coucheurs Abreise nach Wiesbaden.

Paris, 23. Aug. Wie „Petit Parisien“ mitteilt, fährt Minister Coucheur, der sich nach seinen Besprechungen mit dem belgischen Finanzminister nach Holland begeben hat, morgen abend nach Paris zurück und reist darauf nach London, wo er den Donnerstag verbringen wird. Freitag muß er dann zu den Besprechungen mit Rathenau in Wiesbaden sein.

## Die Befährdung Danzigs.

Nur kurze Zeit trennt uns noch von der Unterzeichnung der zwischen Danzig und Polen zur Ausführung des Friedensvertrages und der Konvention getroffenen Vereinbarungen. Die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen haben die Bedeutung dieser Abmachungen nicht ganz so in den Vordergrund treten lassen, wie es notwendig und in etwas ruhigeren Zeitläuften der Fall gewesen wäre. In Danzig-polnischen Vereinbarungen bilden sozusagen den Schlüsselpunkt zu den im Diktat von Versailles über Danzig getroffenen Bestimmungen. Die Ausführung der nunmehr festgelegten Einzelheiten sind für den Freistaat jedoch immer erst nach der Anfang einer vollkommen ungewissen Zukunft, von der sich auch jetzt noch nicht sagen läßt, wie sie das staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Schicksal Danzigs gestalten wird. Die Danziger Bevölkerung hat durchaus keinen Grund, auch nur in einer Hinsicht besonders optimistisch zu sein; im Gegenteil erfüllen uns nach den bisherigen Erfahrungen schwerste Besorgnisse.

Die bedeutungsvollste Bestimmung der getroffenen Vereinbarungen stellt zweifellos die Einverleibung Danzigs in das polnische Zoll- und Wirtschaftsgebiet dar. Es gibt zwar Optimisten, die sich von der Aufhebung der Wirtschaftsgrenze Vorteile versprechen, aber diese Leute betrachten diese Angelegenheit ausschließlich vom Standpunkt des Kaufmanns. In dieser Hinsicht dürfte es wohl zutreffen, daß dem Handel durch die Beseitigung der Wirtschaftsgrenze erleichterte Abgabemöglichkeiten geschaffen werden, soweit diese andererseits nicht durch die polnische Zahlungsschwäche erheblich eingengt werden. Eine andere Frage ist jedoch die, ob die werktätige Bevölkerung des Freistaates dadurch, daß einzelne Händler nun hier und da mal ein gutes Transitzgeschäft abschließen, auch Vorteil haben wird. Denn, daß die engere wirtschaftliche Verbindung mit Polen nun der Anlaß zur Gründung einiger größerer Industrieunternehmungen in Danzig sein wird, ist auch im günstigsten Falle kaum zu erwarten. Es mehren sich bereits jetzt die Anzeichen, daß Polen auch den Wirtschaftsverkehr mit Deutschland aufnehmen will, und die Erfahrungen der letzten Jahre haben ja gezeigt, daß es neuangelegten Industrieunternehmungen nicht möglich ist, ohne weiteres mit alleingearbeiteten Fabriken zu konkurrieren. Daß Polen jedoch seinen Bedarf an Industrieerzeugnissen nur unserer schönen Augen wegen in Danzig decken wird, ist nicht anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß sich ja auch die polnische Industrie immer mehr darauf einstellen wird, die nachgefragten Erzeugnisse im eigenen Lande herzustellen. Die Danziger Arbeiterschaft wird also kaum damit rechnen können, daß ein engerer Wirtschaftsverkehr mit Polen soviel erweiterte Arbeitsmöglichkeiten bringt, daß die außerordentliche Arbeitslosigkeit dadurch ohne weiteres behoben würde. Auch die von den Bewertern einer Aufhebung der Wirtschaftsgrenze stets ins Feld geführte Versicherung, daß sich die Ernährungslage Danzigs dadurch erheblich bessern und verbilligen würde, stellt sich zunächst immer noch als sehr fragwürdig heraus. Die erst jetzt wieder aus Westpolen und Bommereußen eingetrossenen Weidungen besagen, daß selbst dort nach Aufhebung der alten Wirtschaftsgrenze alle Erzeugnisse für Kongregipolen aufgetauft werden. Die Teuerungswelle, die sich jetzt nach Aufhebung der Wirtschaftsgrenze über Westpolen ergießt, gibt auch für uns Danziger zu denken.

Der Freistaat wird durch die Wirtschaftsgemeinschaft also kaum eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage erwarten können. Wohl ist jedoch aber damit Polen der Weg gebahnt, seine alten Bestrebungen auf vollkommene Einverleibung Danzigs erheblich zu fördern. Die Entscheidung hatings in der Eisenbahnfrage ist für Polen ein weiterer Schritt auf diesem Wege. Mit Recht haben alle Kreise der Danziger Bevölkerung gegen die ungerechte Zurückführung des Freistaats bei der Verteilung der Eisenbahn protestiert. Der einmütige Protest gegen die Auslieferung der Eisenbahn an Polen wird von den maßgebenden Stellen nicht übergangen werden dürfen. Die den Polen in den freiwilligen Vereinbarungen unter dem Druck des Versailler Vertrages, der Konvention sowie der angedrohten Hungertod gemachten Zugeständnisse gehen bereits bis an die äußerste Grenze dessen, was Danzig unter Gefährdung seiner staatlichen und kulturellen Freiheit opfern konnte. Die Entscheidung hatings, die darüber hinaus den Polen das unbeschränkte Verfügungsrecht über die Eisenbahnen gibt — selbst soweit sie „den Bedürfnissen des Freistaates dienen“ und daher auf Grund des Friedensvertrages und der Konvention dem Freistaat gehören — kommt der vollkommenen Auslieferung Danzigs an Polen gleich. Es erscheint uns überflüssig, die Gefahren auszumalen, die dem Freistaat und besonders auch der Arbeiterschaft drohen, wenn die Entscheidung hatings nicht geändert wird. Der Kampf Danzigs gegen diese Entscheidung ist nicht nur ein Kampf um seine Freiheit, sondern auch um sein gewichtiges, dem Freistaat zustehendes Recht. Die Entsch-

Das gute Sanktionsgeschäft. Der Agent der „Defensive“ Forembast, dessen Aktienverwendung den Anlaß zur Verschönerung der „Defensive“ in der vergangenen Woche gab, ist verhaftet worden. Angehlich soll Forembast der Warschauer Sowjetdelegation das Material zur Bekanntheit des Balachomitsch-Stabes geliefert haben. Ferner sind elf Offiziere der Balachomitsch-Armee unter dem Verdacht, in Verbindung mit Sowjetbehörden gestanden zu haben, in Wilna verhaftet und nach Warschau eingeliefert worden.

## Das gute Sanktionsgeschäft.

Von R. Haupt.

Diese Ueberschrift mag überraschen nach den Nachrichten, die von einer Aufhebung der Sanktionen, wenigstens der wirtschaftlichen, sprechen. Und doch ist es so; nach der ausführlichen Fassung des Beschlusses des Obersten Rates bezüglich der Sanktionen entspricht es der Wahrheit, von einem Geschäft auf Kosten Deutschlands zu reden. Von einer Aufhebung zugunsten Deutschlands ist keine Rede. In Wirklichkeit sind durch diesen Beschluß nur unumgängliche Härten der wirtschaftlichen Sanktionen, deren Unhaltbarkeit, deren Schädlichkeit nicht nur für das deutsche, sondern das gesamte europäische Wirtschaftsleben klar zutage treten herbeigeführt, ist eine neue Form der Begünstigung des Allierten, besonders des französischen Kapitals konstruiert worden.

Abgesehen von der ungeheuerlichen Ungerechtigkeit, daß die militärischen Sanktionen, d. h. die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg, Rülheim trotz Erfüllung aller deutschen Verpflichtungen bestehen bleiben, wird auch das Wirtschaftsleben der Rheinprovinz, die Handels- und Zollfreiheit Deutschlands, weiterhin geknebelt. Durch nichts gerechtfertigt, treten die neuen Bestimmungen erst am 15. September in Kraft, eine weitere Schädigung Deutschlands, da jeder Tag Sanktionen schwere Verluste für die rheinische Industrie (wie Erwin Barth in seiner ausgezeichneten Aufsatz „Das Urtuch der Sanktionen“ nachweist) bedeutet. Der einzige wirklich haltbare Grund für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, die Zahlung einer weiteren Goldmilliarde von Seiten Deutschlands, ist am 1. September hinfällig, da bis dahin, die Reichsregierung hat es amtlich mitgeteilt, jene Goldmilliarde, wie gefordert, bezahlt wird.

Die Zeit vom 1.—15. September kann also weiter nichts sein als eine Galgenfrist für das französische Kapital, schnell noch irgendwelche Profite und gute Geschäfte mit Unterstützung des famosen Emser Interalliierten Amtes für Ein- und Ausfuhrbewilligung zu machen.

Am 15. soll dieses Amt, das eine tief verwundende Droßfesselung des deutschen Handels mit dem Westen, dem eigenen westlichen Rhein- und Ruhrgebiet war, verschwinden. Gewiß ist das eine Erleichterung für Deutschlands Wirtschaft; eine weitere Besserung ist das Verschwinden der Zollgrenze, mitbin die Aufhebung der starken Behinderung des Personen- und Güterverkehrs durch französische Passschikanen und Zollschwierigkeiten. Trotzdem aber kann von einer Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, die allein völlige Gesundung der deutschen Industrie und des deutschen Handels ermöglichen würde, keine Rede sein, denn laut Beschluß des Obersten Rates wird eine

### Internationale Kontrollkommission

geschaffen, um die Einfuhrbewilligungen für Erzeugnisse der alliierten Länder in den besetzten Gebieten zu überwachen, wie es im Protokoll der letzten Sitzung des Obersten Rates heißt. Diese neue Kommission wird zweifellos eine neue, harte Störung der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik bedeuten, denn es ist kaum anders denkbar, als daß sie für sich in Anspruch nehmen wird, Einfuhrbewilligungen für interalliierte Waren über den Kopf der deutschen Regierung hinweg zu erteilen. Sowieso ist schon

immer den Allierten zu dem Zwecke der Versorgung ihrer Besatzungstruppen die Einfuhr eines gewissen Quantum von bestimmten Waren vollstet in das besetzte Gebiet gestattet; es kann sich also nur um die Ueberführung dieses Kontingents mit Hilfe jener Kommission handeln. Damit aber wird nicht nur der deutsche Staat um den Zoll geprellt, sondern

### Das Loch im Westen ist wieder offen.

Hemmungslos werden auf Grund von Einfuhrbewilligungen dieser Kommission französische und englische Luxuswaren Deutschland wieder überschmenmen, weitere Verheerungen im deutschen Volksvermögen anrichten. Daß die Forderung dieser Kommissionen auf Strand zurückgeht, zeigt zur Genüge, daß das Aufbegehren des französischen Wein- und Kapitalismus gegen die Maßnahmen der deutschen Reichsregierung zur Sperrung der deutschen Westgrenze gegen geschädigenden Luxus Erfolg gehabt hat. In das richtige Licht gestellt wird diese rigorose Einrichtung, die die Sanktionen nur zugunsten einer anderen Form der wirtschaftlichen Begünstigung Frankreichs aufhebt, durch die Tatsache, daß in den jetzigen Verhandlungen zwischen Loucheur und Rathenau der Franzose ein Abkommen über die Zulassung von französischen Luxuswaren erstrebte, was die Reichsregierung mit Recht ablehnte.

Nun hat Frankreich durch den Nachspruch des Obersten Rates sich in die Lage versetzen lassen, das, was es damals nergebend angestrebt, nun doch durchzusetzen auf dem Umwege über die interalliierte Einfuhrbewilligungskommission, die ohne jeden Schein des Rechts ab 15. September ihres unheilvollen Amtes waltend wird.

Ein größerer Hohn auf Ehrlichkeit, auf Gerechtigkeit gegenüber Deutschland ist kaum denkbar. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben — zugunsten des französischen Kapitalismus; die widerrechtliche Zollgrenze verschwindet — zugunsten der Zollfreiheit französischer Luxuswaren. In die Welt aber geht die Nachricht vom „Abbau der Sanktionen“, um die Völker von der großmütigen Genialität des Obersten Rates zu überzeugen. In Wirklichkeit regieren schmierigste Kapitalinteressen die Beschlüsse des Obersten Rates. „Französische Profitinteressen“ haben wieder einmal auf einem Gerechtigkeitspruch gegenüber Deutschland ein Geschäft für sich gedreht.

### Arbeiterunruhen in Polen.

O. E. Die Feuerungsunruhen im Posener und Pommereller Gebiet nehmen ernstere Formen an; es soll sich um eine kommunistische Aktion handeln, woran die Abgeordneten Bancucki, Dombal und Dkonj angeblich beteiligt sind. Auch macht sich in jenen Gebieten eine starke Arbeitslosigkeit infolge der Demobilisierung geltend. Die Eisenbahner des Posener, Danziger und Pommereller Bezirks haben ihrerseits an die Regierung ein Ultimatum gerichtet, das die Bewilligung der Feuerungszuschläge bis heute fordert. Die Regierung hat es jedoch abgelehnt, angesichts der Streikdrohung der Eisenbahner, mit diesen zu verhandeln. Der Metallarbeiterstreik dauert an. Auch die Warschauer Straßenbahner sind in den Streik getreten. — In Cholim haben blutige Unruhen stattgefunden, deren Anlaß die Wagerung der Bahnarbeiter war, einen Getreidezug nach dem Osten weiterzubefördern. Nachdem die Behörden die der Dienstverweigerung Beschuldigten verhaftet hatten, suchte eine erregte Volksmenge deren Freilassung gewalttätig durchzusetzen. Von der Polizei wurde auf die Menge scharf geschossen; es gab Tote und Schwerverwundete. In der Stadt herrscht größte Aufregung. Der Vorfall wird auf die Erbitterung der Arbeiterbevölke-

rung gegen den kürzlich eingeführten Brot handel mit Getreide zurückgeführt.

Der Agent der „Defensive“ Forembast, dessen Aktienverwendung den Anlaß zur Verschönerung der „Defensive“ in der vergangenen Woche gab, ist verhaftet worden. Angehlich soll Forembast der Warschauer Sowjetdelegation das Material zur Bekanntheit des Balachomitsch-Stabes geliefert haben. Ferner sind elf Offiziere der Balachomitsch-Armee unter dem Verdacht, in Verbindung mit Sowjetbehörden gestanden zu haben, in Wilna verhaftet und nach Warschau eingeliefert worden.

Das Schicksal der deutschen Schiffe von Antwerpen. Ende 1918 wurden von der holländischen Regierung 20 deutsche Schiffe angehalten, die nach dem Waffenstillstand Antwerpen verlassen und in Holland Zuflucht suchten. Da auch die belgische Regierung auf diese Schiffe Anspruch machte, so hielt die holländische Regierung die Schiffe zurück, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß die belgische und die deutsche Regierung untereinander ausmachen müßten, wem diese Schiffe gehörten. Belgien führte eine Entscheidung des Antwerpener Preisengerichts herbei, durch das die Schiffe Belgien zugesprochen wurden. Deutschland bestritt die Zuständigkeit des belgischen Preisengerichts, es wurden dann von beiden Seiten Verhandlungen im Sinne einer praktischen Lösung der Meinungsverschiedenheiten eingeleitet. Am 6. August d. J. wurde endlich eine Uebereinkunft zwischen der belgischen und deutschen Regierung unterzeichnet, in der die Dampfer „Guelion“, „Geronia“ und „Kebos“ Belgien überwiesen wurden, dagegen die anderen Schiffe Deutschland. Deutschland hat außerdem die während des Krieges nötig gewordenen Hafengebühren für die zurückgegebenen Schiffe zu bezahlen. Der Rotterdammer „Maatsbode“ macht zu diesem Ergebnis die Bemerkung, es handle sich hier um das erste Uebereinkommen, das seit dem Waffenstillstand zwischen Belgien und Deutschland getroffen worden ist. Das Beispiel zeigt, daß man auf dem Wege praktischer Ermüdung und gegenseitigen guten Willens zu beiderseits zufriedenstellenden Ergebnissen kommen kann. Die Zustimmung der holländischen Regierung, an der nach ihrer Erklärung im Jahre 1918 nicht zu zweifeln ist, ist bisher noch nicht eingetroffen.

### Kleine Nachrichten.

Die deutschen Bergarbeiter beurteilen einmütig jede Durchbrechung bei Lohnbewegungen. In einem Aufruf des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, des Gewerkschaftsvereins deutscher Bergarbeiter Deutschlands, der polnischen Berufsvereinigung und des Gewerkschaftsvereins der Fabrik- und Handarbeiter heißt es u. a.: Die Verhandlungen über Lohnbewegungen in Berlin am 18. August hätten noch kein Ergebnis gezeitigt. An alle Organisationsmitglieder ergeht daher der dringende Ruf, in dieser Lohnbewegung gewerkschaftliche Disziplin zu üben und sich nicht vorzeitig in Partei und Arbeitslosigkeit einzulassen. Einzig und allein die Beschlüsse und Anweisungen der Bergarbeiterorganisationen dürfen befolgt werden.

Streik der Hilfsarbeiter bei Dinkel-Hofmann in Breslau. Die Hilfsarbeiter der Dinkel-Hofmann A.-G. in Breslau sind gestern in den Ausstand getreten. Während die Direktion die Erhöhungen aus dem neuen Lohnabkommen erst vom 1. September ab in Disziplin treten lassen will, verlangen die Hilfsarbeiter die Auszahlung mit Wirkung ab 15. Juli.

Die Arbeiterentlassungen im Saarrevier dauern fort. Die Abhänglinge in Völklingen haben 1000 Arbeiter gekündigt und wollen sämtliche Arbeiter bis auf 1800 (von 6000) entlassen.

Die Weberarbeiten in Gern, etwa 10 000, legten die Arbeit nieder, da ihre Löhne um 3 Prozent gekürzt werden sollten.

Ein Millionär als Zuchthausgefangener. Wie die Dresdener Blätter melden, ist der verhaftete Gründer des Dresdener Kaufkonzerns, der „Kaufmann“ Emil Bachmann, nicht weniger als 27 Mal vorbestraft, darunter auch mit Zuchthaus. Bevor er den Sprung zum Millionär machte, war er Ziegeleiarbeiter.

## Der Umfang und die Ursachen der russischen Hungersnot.

Einen Bericht, den Dr. E. Franfurter vor Berliner Pressevertretern erstattet hat, entnehmen die „N. N.“ folgende Angaben über den Umfang der Hungersnot in Rußland, wobei es sich allerdings nur um Schätzungen handeln kann:

Das von der Niserner betroffene Gebiet wird auf 700 000 Quadratkilometer geschätzt. Es dehnt sich im Süden vom Kaspiischen Meer bis zum Dnieper, zieht sich nach dem Norden der Wolga entlang in einer Breite von ungefähr 1500 Kilometer (1000 Kilometer auf der östlichen und 500 Kilometer auf der westlichen Seite der Wolga), überschneidet bei Kalan den Fluß und bildet den Gürtel im Norden in den Gouvernements Wjatka und Wern. Auf diesem Territorium, das ungefähr eininhalbmal so groß ist als Deutschland, wohnen 21 Millionen Menschen; die landwirtschaftliche bestellte Fläche beträgt etwa 23 Millionen Hektar. Diese Fläche liefert vor der Revolution normal 1 Milliarde Pud (= 400 Millionen Zentner) Getreide; in diesem Jahre wird diese Ernte etwa auf 150 Millionen Pud geschätzt, was nicht einmal für die Saat ausreicht, ganz abgesehen davon, daß das Korn bei dieser Niserner fast überhaupt nicht für die Aussaat eignet. Die Lage ist nach bedauerlich verwickelt, daß dieses Gebiet in den letzten vier Jahren die ganze Last der Verpflegung von Zentralrußland und seiner Industriegebiete tragen mußte. Schon im vorigen Jahre wies es eine starke Niserner auf; die Anbaufläche ist gegenüber der Vorjahrzeit etwa um 40 Prozent gekürzt, so daß es jetzt vollständig erntelos ist und keine Vorräte hat. Zufuhr von Getreide aus anderen Gebieten Rußlands kann jedoch nur in ganz geringen Maße stattfinden, schon weil der Transport züchtigen Schwierigkeiten begegnet. So erklärt es sich, daß die Bevölkerung schon jetzt unmittelbar nach der Ernte sich von Gräsern, Baumrinde, wildem Kraut, wildem Meerrettig usw. ernährt. So wird es verständlich, daß unter der leidenden Bevölkerung eine elementare Fluchtbewegung ausgebrochen ist, daß Tausende und Tausende aller Art einziehen und viele Millionen Menschenleben bedrohen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Hungergebiet nicht nur Mangel an Verpflegungsmitteln, sondern auch an allen anderen Gebrauchsgegenständen und Medikamenten hat. Amz es handelt sich um eine unbeschreibliche, nie dagewesene Katastrophe.

Um das Maßstab zu bannen wurde zunächst in Moskau eine private Hilfsaktion ausreichen nicht vollkommener Politik eingeleitet, die das Moskauer Hilfskomitee bildet. Infolge der erschütternden Berichte aus den Dunge, richteten wandte man sich an leitende Persönlichkeiten der Sowjetregierung. Mit ihrer Einwilligung kam dann das allrussische Hilfskomitee zustande, eine vollständig unpolitische Organisation, die lediglich humanitäre

Zwecke verfolgt. Die Sowjetregierung hat sich das Recht vorbehalten, den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu ernennen, so daß das Präsidium aus zwei Bolschewiken und drei Nichtbolschewiken zusammengesetzt ist. Dieses Komitee hat eine Auslandsdelegation entsandt, um die Aufmerksamkeit der gesamten Welt auf das russische Elend zu lenken, unter dem besonders die deutschen Kolonisten und die litarische Bevölkerung an der mittleren Wolga leiden. Es gilt ein Millionenvolk, das von der Todesgefahr unmittelbar bedroht ist, dessen weite Gebiete zum Aussterben verdammt sind, zu retten, unter Heranziehung aller politischen Momente, nicht nur mit Rücksicht auf die betroffene Bevölkerung selbst, sondern auch mit Rücksicht auf das fernere Wohlergehen der ganzen europäischen ja sogar der Weltwirtschaft. Es gilt, für die zu leistende Hilfe geeignete Formen und Wege zu finden, die die Gebiete bieten, daß die gebotene Hilfe auch ihre Wirkung tut.

Die Niserner, die ein Riesengebiet Rußlands betroffen hat, wird in ihrer furchtbaren Wirkung noch vergrößert durch den fast völligen Zusammenbruch der russischen Wirtschaft im Laufe der letzten Jahre, vor allem der Ernährung- und Verkehrsverhältnisse. Bisher hatte die Sowjetregierung die Verpflegung der Stadtbevölkerung übernommen, vor allem der Fabrikarbeiter, der Transport- und Bergarbeiter. Zu diesem Zwecke wurde alljährlich ein Verpflegungsbudget durch eine Verpflegungsbüro aufgestellt. Die Aufbringung der Nahrungsmittel geschah durch ein Zwangsumlageverfahren, wobei unter Kollektivverantwortung der Bauernschaft familiäre Ueberschüsse an Lebensmitteln eingetrieben wurden. Dieses Verfahren nährte natürlich die Unzufriedenheit der Bauern und war auch teilweise die Ursache des Rückganges der Anbaufläche. Um diesen Verhältnissen zu steuern, ging mit Beginn dieses Jahres die Sowjetregierung zum System der persönlichen Naturalsteuer über, wobei den Bauern das Verpflegungsrecht über ihre Ueberschüsse überlassen und zur Erlangung der Ueberschüsse der freie Handel zugelassen wurde, so daß für die Sowjetregierung die Möglichkeit geschaffen wurde, einen Teil des Getreidebedarfes durch Warenkauf und freien Ankauf zu decken.

Nun das nächste Verpflegungsjahr wird der gesamte Bedarf der Sowjetregierung auf etwa 450 Millionen Pud berechnet; von dieser Menge sollten durch die Naturalsteuer 245 Millionen aufgebracht werden, der Rest sollte durch Warenkauf und freien Ankauf gedeckt werden. Dieser Haushaltsplan wird durch die Niserner im Wolga-Gebiet umgeworfen. Zunächst müssen aus dem Vorschlag etwa 100 Millionen Pud gestrichen werden, etwa 60 Millionen, die durch Naturalsteuer, und 40 Millionen, die durch freien Ankauf aufgebracht werden sollten; außerdem müssen dem leidenden Gebiete zur Verpflegung und Bestellung der Felder etwa 150 Millionen geliefert werden; das macht zusammen einen Bedarf von 250 Millionen Pud Getreide, also mehr als die Hälfte des ganzen Vorschlags. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß die Einbringung der Naturalsteuer im übrigen Rußland mit riesigen Schwierigkeiten

verbunden sein wird. Da die Bauern freiwillig ihre Pflicht gegenüber dem Staate kaum mehr erfüllen werden und die Zwangsmassnahmen der Sowjetregierung kaum mehr Erfolg versprechen, muß das Getreide durch freien Ankauf und Warenkauf gebracht werden. Das hat die Sowjetregierung bereits eingesehen. Durch scharfe Maßnahmen sucht sie ihren Bedarf an Lebensmitteln zu kürzen; so sind bis jetzt 40 Prozent der Lebensmittelempfänger von den Listen gestrichen, ganze Reihen von Fabriken geschlossen worden; die rote Armee wurde in Gebiete, die von der Niserner nicht betroffen sind, vertrieben. Dennoch bleibt der Bedarf des Staates sehr groß. Außerdem wird sich alles noch Ankauf auf die Dörfer stützen; die staatlichen Verpflegungsbehörden, die Arbeitergenossenschaften, die Stadtbewölkerung, die von der staatlichen Verpflegung ausgeschlossen ist, einzelne Fabrikunternehmen, denen jetzt das Recht der Selbstversorgung zuerkannt ist, und schließlich die Bevölkerung des Hungergebietes. Natürlich wird eine enorme Preissteigerung die Folge sein, zumal selbst der Getreidevorrat des von der Niserner verschonten Rußlands ein sehr geringer ist. Bei dem Kriege betrug die Getreideerzeugung Rußlands in seinem jetzigen Grenzen jährlich etwa 4,5 Milliarden Pud, von denen in Folge der Ausfuhr etwa 4 Milliarden für den heimischen Verbrauch verblieben. In den letzten 4 Jahren dürfte jedoch die Getreideerzeugung zwei Milliarden Pud nicht übersteigen haben. Da das Geld in Rußland völlig wertlos geworden ist und vor allem von der Sandbevölkerung nicht mehr angenommen wird, bedarf die Sowjetregierung zur Beschaffung des äußersten Bedarfs an Lebensmitteln einen sehr großen Warenvorrat zum Austausch mit den Erzeugern. Aber auch die Warenerzeugung ist in Rußland ungeheuer zurückgegangen. Nach offizieller Schätzung beträgt die Erzeugung gegenüber der Vorkriegszeit für Getreide 2,5 Prozent; Salz 17 Prozent; Kohle 30 Prozent; Gusseisen 2,12 Prozent; Stahlwaren 2,3 Prozent; Baumwollwaren 5,6 Prozent; Händelsgüter 15 Prozent; Zucker 6 Prozent; Tabak 5 Prozent usw. Diese Zahlen ergeben klar, daß der Warenvorrat für den Austausch von Lebensmitteln nur von auswärts beschafft werden kann. Dazu reichen aber die Vorräte der Sowjetregierung nicht aus. Daraus ergibt sich der ganze Ernst der Lage. Denn binnen kurzem wird die Hungersnot nicht nur die Bevölkerung des Wolga-Gebietes, sondern die gesamte Stadtbevölkerung und vor allem auch die Arbeiterbevölkerung des gesamten Rußlands bedrohen. Die weitere Gefahr ist das Fehlen der Arbeit in den Bergwerken, das Fehlen von Baumaterial, das Verlegen des Verkehrsnetzes, die Stilllegung der Zentren.

Alle diese Fragen und Erwägungen müssen bei dem Notstand, in dem sich Rußland befindet, in Betracht gezogen werden. Die heutige Not Rußlands stellt sich nicht mehr als vorübergehende Erscheinung dar, sondern hat sich zu einem tiefgreifenden und andauernden Prozeß entwickelt. Dem entsprechend muß die Hilfe, die der Not steuern soll, organisiert werden.



Am eine interessante Geschichte nicht durch Länge abzuschneiden, sei für Amerika hat jedoch weiteren Beispielen der dem Bunde angehörenden Wirtschaftsbereitschaft gewonnen. Von ihm liegen aus dem letzten Jahre eine Reihe Zeichen vor, die der Weltöffentlichkeit seiner internationalen Stellung ein klares Bild zeigen. Seit dem letzten internationalen Kongress in Washington (1920), ohne irgendwelchen Anstoß von außen, einhellig beschloffen, sich dem internationalen Bunde der Metallarbeiter wieder anzuschließen und seine Beiträge selbst für die Kriegsjahre prompt nachbezahlt. Noch mehr, daß gleichzeitig und gleichzeitig mit dem internationalen Kongress in Kopenhagen beschloffen, die Metallarbeiter aller Länder aufzufordern, die Herstellung von Kriegsmaterial zu verweigern. Dieser Vorstoß, den der amerikanische Reichstag durch seinen Rat nachher einstimmig — das Protokoll bezeichnet mit einer Gegenrede — den Metallarbeitern aller Länder made, verdient wegen der Kraft seiner Sprache und weil er aus dem Munde von Rationalisten beschalteten Sieglerlande Amerikas kommt allgemein und wohlwollend bekannt zu werden. Der Hauptanstoß geht hier von der Metallindustrie der letzten Jahre. In Anbetracht, daß moderne Kriege mit Werkzeugen ausgestattet werden, die in allen Ländern von den Metallarbeitern geliefert werden, haben diese die Verantwortung für künftige Kriege zu tragen. Wer hat der Überzeugung, daß der Arbeitswert die Waage der Welt in den Händen jener Handwerker liegt, die Eisen und Stahl in Waffen und Munition umarbeiten. Wir meinen, daß wenn diese Handwerker ihre Praxis unabhängig ausüben, sie nicht zur Festsetzung der Kriegsziele zu tun vermögen, als alle Staatsmänner und Diplomaten, denen die Geschichte der Welt am meisten ist. Was diesen Gedanken sei hiermit beizubringen.

Trotz der internationalen Stellung ihrer wirtschaftlich und zahlenmäßig überaus wichtigen Arbeitskraft Amerikas bekannten Tatsachen hervorzuheben, kann es nicht übersehen werden, daß die internationale zum Beispiel bei dem Bunde der amerikanischen Gewerkschaftsbünde eine unvergleichlich unvollständige Aufnahme gefunden hat.

Die grundsätzliche und finanzielle Konsolidierung des Bundes während der letzten Jahre der Beratung des neuen Statuts, genauer bei den Paragraphen, die sich auf die Beitragshöhe, und auf die Erhebung von Sonderbeiträgen bei großen Konjunkturbeizügen. Der Entwurf des internationalen Sekretariats verlangt als Jahresbeitrag auf das Mitgliedsland den Betrag des achtstündigen Lohnes eines auf zwei weiteren Handwerker der höchsten Gehaltsklasse eines jeden Landes, dann für das Sekretariat die Berechtigung im Falle großer Konjunktur zur Herabsetzung dieser eine Sondersteuer bis zur Höhe eines Zehnteljahres für das Jahr und Mitglieder anzuschreiben. Diese beiden Bestimmungen werden sich bei der englischen Delegation mit der ihnen in Großbritannien eigenen Geschäftigkeit, die bereit sind, den Austritt von vier Mitgliedern der englischen Mitglieder aus dem Bunde als möglich anzusehen. Solche Argumente hat man früher von englischer Seite vernommen, wenn es sich um die Aufnahme der internationalen Handelsunion handelte. Früher jedoch wurde der Weg zu Washington, das heißt, die Mehrheit des Kongresses den englischen Wünschen entgegenkommen um die große Sache nicht zu gefährden, die Wahl mußte übernommen zum Trotz, daß die englische Delegation mußte der Mehrheit des Kongresses entgegenkommen, um das gemeinsame Werk zu fördern. Die englische Delegation konnte schließlich als ein anderer Teilnehmer in unangenehm geizig, bei dem Entwurf festgelegten Höhe und der Beitragshöhe mit einer praktisch nicht bestehenden Änderung zu. Die gleiche Sachlage ist jetzt bei der Verhandlung der Sonderbeiträge für große Konjunktur. Ein Teil ihrer Gegenstände sollen die internationalen Sekretariate der englischen Delegation als rechtlich erscheinen, was zurzeit noch für allgemeine Konsolidierung und gewissen die Vermeidung der Grundfragen für Monate, ja Jahre kommen, also gewichtige Gründe sich vorfinden, weshalb gegen neue Verbesserungen zu werden. Es ist nicht anders übrig, als den englischen Delegierten den Austritt mitzugeben, die in Paragraphen ihren Beschwerden zur Verfügung zu unterbreiten.

Nur den Grund der internationalen Konsolidierung ist dieser Widerstand in Geldsachen nicht vernünftig. Aber er ist doch sehr viel schwächer geworden. Wir sind überzeugt auch der Erfahrung wäre nach einem Jahr und sich abgeschlossen werden, wenn die englischen Gewerkschaften sich nicht völlig für. Wenn eine ähnliche Erfahrung Vergleichs mit einer und jetzt ziehen läßt, kann man wohl zu gehen, daß sich auch bei den Engländern eine erhebliche Konsolidierung des internationalen Gedankens vollziehen, vollziehen hat. Kritisch geht dieser legendäre Wandel viel zu

## Die gegenwärtige Lebenslage der deutschen Seeleute.

Dem „Wirtschaftsblatt des Seemannsvereins“ entnehmen wir folgende Ausführungen:

Das Leben der deutschen Seeleute spielt sich genau so ab, wie das Leben der Arbeiter und Angestellten im Lande, soweit es sich um die Lasten handelt, die das zum Leben Notwendige zu verschaffen. Auch die Seeleute sind den Regierungen gegenüber, die jede Phase des Wirtschaftlebens mit sich bringt, ausgeliefert. Zudem, wie es augenfällig der Fall ist, Verhältnisse ein, die an die Angestellten und Arbeiter erhebliche Anforderungen stellen — sei es in Gestalt höherer Steuern, höherer Kohlen- und Lebensmittelpreise — so sind sie natürlich gezwungen, in irgendeiner Weise einen Ausgleich herzustellen und auch ihrerseits mit neuen Anforderungen auf der Wildnis zu erscheinen. Wenn der Unternehmer eine Periode des Nichtverdienens hat, so hört man ihn sehr oft sagen, daß er im Betriebe arbeiten müsse. Der Angestellte oder Arbeiter kann jedoch nichts zusetzen, weil er nicht besitzt.

Was im Vorhergehenden über das wirtschaftliche Verhältnis der Seeleute und Arbeiter gesagt wurde, trifft auch auf den Seemann zu. Auch er ist, um nicht unter die Räder zu kommen — das heißt um sein Leben zu erhalten — gezwungen, mit Forderungen an seinen Arbeitgeber heranzutreten, um einen Ausgleich gegenüber dem, was man ihm in Form einer Löhnerzahlung zu schaffen. Es ist nicht zu bestreiten, daß wir uns in einer Zeit der allgemeinen Löhnerzahlung befinden, weshalb der Seemann gezwungen ist, der Frage der Verbesserung seines Lohnes näherzutreten.

Nur ein Grund: Niemand in der Seefahrt wird behaupten wollen, daß es möglich ist, mit einem Gehalt von 12 Mark pro Tag und Kost auszukommen; es wird niemand behaupten wollen, daß man sich die nötigen Lebensmittel hierfür kaufen kann, die nach der Existenzlage für Seeleute vorgeschrieben sind, trotzdem die Ratgeber schon auf das knappe Dasein wurden.

Der Seemann kann ebenso wenig wie andere Arbeitsschichten sein Leben führen, wenn er nicht eine den Verhältnissen angepasste Entlohnung erhält. Wenn auch nur ein kleiner Teil der Seeleute vorhanden wäre, hätte eigentlich die Notwendigkeit einer Verbesserung der Entlohnung nicht erst gezwungen von der Seemannschaft herab abgehangen werden. Wenn die Löhnerzahlung nicht einleuchtet, daß es dem Seemann mit dem Gelde, das er heute

langsam, die Unerschlichkeit des viel häufigeren Zusammenschlusses über die Landesgrenzen hinweg, die Notwendigkeit, vom internationalen Bunde zur internationalen Tat überzugehen, nach wie vor mehr, und daß in Reich und Glied, propagiert werden. Das ist die jetzt, besonders in den anglo-amerikanischen Ländern wenig oder gar nicht gelassen. Hier blüht dem Sekretariat der Seemanns international eine dreifache, aber auch eine sehr dankenswerte Aufgabe. In ihrer Erfüllung hat es nun endlich auch, dank der neuen Vertragsgestaltung, die nötigen Mittel. (Fortsetzung)

## Aus dem Osten.

**Wachsende Diebstahlsgefahr.** Nach zuverlässigen Nachrichten ist die Kriminalität in einem erheblichen Maße in der Stadt Turgu festzustellen. Der Bestand soll durch Abschichtung ausgedehnt sein. In Konstantinopel herrscht die Kunde nach wie vor in erheblichem Maße. Der Fall der Verschleppung der Zensur nach der von den eigentlichen Zensurbehörden weit entfernt gelegenen Luftecke läßt erkennen, daß die Gefahr der Verschleppung weiter besteht und daß sie für das an die Zensurbehörde Konstantinopel unmittelbar angrenzende Gebiet nach wie vor drohend ist.

## Aus den Gerichtsfilen.

**Der Diebstahl auf einer Wasserstraße.** Nach § 243 Abs. 4 St.G.B. ganzes Gegenstände bei Verletzung auf einer Wasserstraße erhöht Strafschub. Das ist auch für unsern Hafen und die auf- und eingehenden Schiffe von Bedeutung. Die Strafkammer hatte einen Passagierdampfer und einen Schlepper wegen Diebstahls von einem Dampfer auf Grund des § 243 verurteilt und in der Urteilsbegründung erklärt, daß der Diebstahl auf einer Wasserstraße ausgeführt worden sei. Die Angeklagten legten Revision ein und das Obergericht wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. Nach der Urteilsbegründung des Obergerichts müssen wir als erwiesen erachteten Tatsachen angegeben werden, in denen die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden und zwar bedarf es konkreter Tatsachen. Die Urteilsgründe der Strafkammer lassen nun jegliche Angaben darüber vermissen, wo der Dampfer zur Zeit der Tat gelegen hat. Für die Anwendung des § 243 ist gerade die Verschiffenheit des Verfalls an den dort näher bezeichneten Orten maßgebend. Rechtsgrundlagen kann, wie das Obergericht in der Entscheidung Bard N. S. 371, überzeugend ausführt, einem Hafen die Eigenschaft einer Wasserstraße weder unbedingt anerkannt noch abgesprochen werden. Nur die Verhältnisse des einzelnen Falles können maßgebend sein, ob der Verkehr an jenem Ort, an dem der Dampfer zur Zeit der Tat lag, allgemein freigegeben oder bestimmten Beschränkungen unterworfen war. Aus dem angeführten Urteil ist darüber nichts zu erfahren. Eine Nachprüfung der Feststellung der Strafkammer ist nicht erforderlich und deshalb mußte die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen werden.

**Eine Schiedung mit einem Waggon Kots.** Zwei Arbeiter, ein Arbeiter und ein Portier hatten sich vor dem Schöffengericht zu verurteilen. Die Arbeiter hatten den Auftrag von der Gasanstalt zu einem Kots an die Bekleidungsanstalt abzuführen. Der dortige Arbeiter verhandelte sich mit den beiden Führern und brachte sie auf den Gedanken hier eine Schiedung zu machen. Er gab ihnen die Pläne mit, daß sie den Kots für die Anstalt abgeliefert hätten, was aber nicht gelingen war. Die beiden Führer brachten den Kots zu dem Portier, der ihn für 900 Mark abkaufte. Der eigentliche Preis war über 1200 Mark. Der Vertrag wurde erfüllt. Das Gericht verurteilte die beiden Arbeiter wegen Missetatung zu je einem Monat Gefängnis, den Arbeiter wegen Diebstahls zu zwei Wochen Gefängnis. Der Portier war wegen Schierei mit dem Kots, aber freigesprochen, da er in gutem Glauben gehandelt haben sollte.

## Aus aller Welt.

**Unvergleichliche Diebstähle bei der Eisgüterlieferung auf dem Rhein.** Die Rheinische Kriminalpolizei ist unermüdlich bei der Bekämpfung der Diebstähle auf dem Rhein. Die Diebstähle sind auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß Diebstahlskriminalität im Gesamtwert von 420000 M. unterlagern wurde. Auch weiteren Diebstählen bei der Eisgüterlieferung ist man auf die Spur gekommen, so daß die fortgeführten Diebstähle bei Bahnverbindungen Aufklärung finden dürften. Im ganzen wurden 15 Personen in Haft genommen.

**Zum Schermermeister in Heidelberg.** In der Angelegenheit des Bürgermeisters wurden am Freitag, wie die „Neue Badische

Landeszeitung“ meldet, Nachprüfungen statt, bezüglich der Urteile von Peter Ziefer gemachten Angabe, über seinen Aufenthalt am Tage der Tat in der Gegend von Wimpfen, Ingstfeld und Kappe. Der Untersuchungsrichter und mehrere Kriminalbeamte führen in Kraftwagen mit Ziefer die Gegend ab. Ziefer's Angaben fanden keine Bestätigung. Trotz Überführung durch zahlreiche Beamte, leugnet er immer noch, daß er der Mörder des Bürgermeisters sei.

**Müßige der Kriegsgefangenen.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In Ludwigshafen kamen vor gestern vormittag 33 deutsche Kriegsgefangene aus Belgien an. Es sind meistens Norddeutsche und Thüringer, darunter zwei Schwereverletzte. Nach halbtägiger Aufenthalt trat die entlassenen Kriegsgefangenen die Weiterreise nach dem unbefugten Gebiet an. In Belgien sind noch 67 deutsche Kriegsgefangene, ferner eine Anzahl Oesterreicher, Ungarn und Tschechen, im ganzen 80 Mann.

Die das „Tagblatt“ erzählt, sollen in nächster Zeit noch weitere 99 zurückgehaltene Kriegsgefangene aus Belgien in die Heimat entlassen werden. Ferner sind aus langjähriger Gefangenschaft in Sibirien wieder 18 Heimkehrer im Lager Lechfeld eingetroffen.

**Schwere Brandkatastrophe.** Das Dorf Rehrberg in dem preussischen Kreise Greifenhagen ist von einer schweren Feuerkatastrophe heimgegesucht worden. Das Feuer, das in einer Scheune entstanden war, griff auf zwei Wohnhäuser über und vernichtete sie. Weiter brannten noch zwei Gehöfte mit Nebengebäuden und mehreren Scheunen ab. 16 Familien sind durch das Feuer obdachlos geworden. Als Ursache des Feuers vermutet man Brandstiftung.

Nach einer Meldung der „Münchener Zeitung“ wurde in dem Orte Lautersdorf durch Großfeuer 13 Anwesen mit allen Schuppen und Scheunen eingestuft. Auch wurden die ganzen Obstgärten vernichtet. Viel Vieh ist verbrannt.

**Raubüberfall auf ein Automobil.** In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Straße Wacker-Reichenbach ein Automobil, in dem zwei Schweden, darunter ein Mitglied des schwedischen Ausschusses für die deutsche Kinderhilfe, von drei maskierten Männern durch mehrere Revolverkugeln zum Halten gebracht. Die Räuber nahmen den Insassen 1500 M. ab. Der Führer des Automobils wurde durch Schüsse in den Fuß schwer verletzt. Die Räuber sind entkommen.

**Opfer der Werge.** Die von einer Tour in das Dachsteingebiet nicht zurückgekehrten Wiener Touristen Dr. Ric und Dr. Döring sind von einer Rettungsexpedition auf der Südwand des Dachsteins erhoren aufgefunden worden. Wie das „Völkische Volksblatt“ meldet, sollen vier weitere Personen im Dachsteingebiet vermißt werden. — Wie die „Annabrunder Nachrichten“ melden, sind von 1. April bis 15. Juli in den Tiroler Bergen 28 Personen tödlich verunglückt. 78 Abgestürzte haben mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten.

**Was „Versehen“ beraubt.** „Du bist ein verkommener Bourgeois. Wir sterben Hunger, während du erster Klasse fährst.“ Mit diesen Worten begrüßten die Banditen, die vor einiger Zeit den Expresszug Paris-Marseille aufhielten, auch einen Mitfahrenden namens Marucci, kommunistischer Abgeordneter der französischen Republik, und nahmen ihm gleichzeitig alles Geld fort. Als seine schriftliche Aussage dem einen überlebenden Plünderer vorgelesen wurde, erklärte dieser, daß es die eigene Schuld des Abgeordneten sei, daß er sein Geld verloren. Hätte er sich als Kommunist legitimiert, hätte man ihm nichts genommen.

## Bermischtes.

**Das Fernleit-Auto.** In den Straßen der Automobilstadt Dayton in Ohio erregte kürzlich ein Kraftwagen das größte Aufsehen, in dem sich keine Person befand. Das gepulverte Fahrzeug rollte aber trotzdem zum größten Erstaunen der Passanten sicher und ruhig durch die Hauptstraßen, wie geschickt aus, machte die notwendigen Wendungen und Biegungen und ließ auch Warnungssignale für unachtsame Fußgänger ertönen. Man glaubte zunächst an Zauber, und große Mengen stauten sich um den Wagen. Dann aber wurde bekannt, daß es sich hier um das erste Fernleit-Auto handelte, das durch die Vermittlung von elektrischen Wellen gelenkt wird. Der Leiter des Wagens war kein Erfinder, ein Kapitän E. R. Vaughan, der in einer Entfernung von etwa 17 Meter in einem anderen Wagen dem geheimnisvollen Fahrzeug folgte. Mit Fernleitbooten sind bekanntlich bereits vor dem Kriege in Deutschland erfolgreiche Versuche gemacht worden.

Senkung der Indergiffer von 110 Dollar statigehunden. Würde dieser Umstand in Deutschland eintreten, so glauben wir nicht, daß die deutschen Meeder sich mit nur einer 20- bis 30-prozentigen Herabsetzung der Steuern einverstanden erklären würden, sondern deren Wünsche würden nach dieser Richtung vielleicht etwas weiter gehen. Aber auch die deutschen Seeleute könnten sich, wenn die Verhältnisse in Deutschland ebenso liegen würden, mit einer entsprechenden Herabsetzung der Steuern eher einverstanden erklären, als unter den bestehenden Umständen ohne Erhöhung der Steuern. Wenn in dieser Hinsicht seitens der maßgebenden Kreise das nötige Verständnis gezeigt wird, so wird das letzte Ende nicht nur der deutschen Seemannschaft, sondern auch der gesamten deutschen Seefahrt überhaupt.

Wie furchtbar ist der Seemann davon, wenn er gezwungen ist, irgendwo längere Zeit an der ausländischen Küste zu bleiben. Er ist heute nicht in der Lage, sich für eine längere Zeit einzudecken zu können, weil er aber Vorsparnisse nicht verfügt, und weil andererseits in der heutigen Zeit kein Geschäftsmann — wie es vor dem Kriege der Fall war — ihm Ausstattungsgegenstände auf Kredit gibt. Kommt er in die Lage, sich eine kleine Arbeitshilfe im Auslande kaufen zu müssen, so geht eine ganze Monatsheute flöten. Will man noch größere Beispiele haben? Auf Schiffen, die früher an ausländische Küsten fuhrten, gab es damals eine höhere Feuer. Es braucht nur an die Afrikafahrt der Hamburg-Amerika-Linie erinnert zu werden. Und das soziale Empfinden soll sich doch infolge des Krieges vergrößert haben? Hier allerdings haben wir das Gegenstück. Auch jetzt wollen wir den geübten Menschenverstand sprechen lassen und den Fall sehen, daß ein Direktor sich im Auftrage seiner Niederel ins Ausland begeben muß; ob auch dann die gleiche Bezahlung Anwendung findet, die der Betreffende in der Heimat erhält?

Wenn der Seemann heute gezwungen ist, nicht nur die Frage seiner Entlohnung zu prüfen, sondern sie ernsthaft zu behandeln, so deshalb, weil die auf ihn einwirkenden Verhältnisse eine derartige Wirkung ausüben, daß er sich dem Trübe der heutigen Zeit fügen muß.

Für die Seeleute Deutschlands ist es deshalb auch eine selbstverständliche Pflicht, ihre Organisationen zu stärken. Sie müssen gegen denselben Teil des Pflichtbewußtseins, in genau derselben Weise auf sich nehmen, wie die Erfolge von ihren Organisationen abhängen. Denn nur dann kann etwas im Interesse der Seeleute erreicht werden.

Die gegenwärtige Lebenslage der deutschen Seeleute. (Fortsetzung)

# Danziger Nachrichten.

## Kommunistischer Bankerott.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Erlösungs-Idee in Russland ist für die gesamte kommunistische Bewegung bereits derart katastrophal, daß es überflüssig ist, sich noch weiterhin groß mit dem „Ideengehalt“ der KAPD. zu beschäftigen. In den von uns dieser Tage veröffentlichten wachen als ständigen Mitglieder der kommunistischen Partei, kommt dieser Zusammenbruch bereits handgreiflich zum Ausdruck. Auch die Leitung der hiesigen KAPD, sowie die kommunistische „Arbeiterzeitung“ lassen täglich erkennen, daß sie am Ende ihres Vortriebs sind. Denn anders kann man das, was jetzt als „Klare Politik“ von der KAPD. öffentlich vertreten wird, nicht bezeichnen.

Bereits die Rede des kommunistischen Wortführers Klinger in der letzten Werkspeisehandversammlung, war eigentlich nur die willkürliche Preisgabe der bisherigen kommunistischen Taktik und eine Bestätigung der Richtigkeit der sozialdemokratischen Grundzüge. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keinen Putsch, also keine gewaltsame Eroberung der politischen Macht, weil wir wissen, daß es keinen Zweck hat, die Macht für sechs Stunden gewaltsam an uns zu reißen, um sie in der siebenten Stunde wieder an die Reaktion abtreten zu müssen, die dann um so leichteres Spiel mit uns hat. Das war fast wörtlich die Erklärung des kommunistischen Führers Klinger. Ein Sozialdemokrat hätte die Unmöglichkeit der Gewalttheorie der KAPD. nicht jeher dazunehmen können. Die Konsequenz dieser Feststellung, daß auf dem Wege der Gewalt die Eroberung der politischen Macht also nicht möglich ist, führt zu der von der Sozialdemokratie vertretenen Ansicht, daß die Eroberung der politischen Macht nur auf dem Wege der freien Entscheidung, also der Demokratie vor sich gehen kann.

Warum wir schon über diese mit einem Male bei den Kommunisten so elementar zum Durchbruch gekommene Befreiung erstaunt, so verwunderter waren wir nach dem Studium der letzten Nummer der „Arbeiterzeitung“. Diese will nämlich überhaupt keine Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Eine sozialistische Parlamentarierheit wird als illusorisch bezeichnet. Wenn sie zu erreichen wäre, so meint die „Arbeiterzeitung“, so hätte sie noch keinen Erfolg. Die gewaltsame Eroberung der politischen Macht kommt nach Klinger's mündlicher Feststellung aber auch nicht in Frage.

Was also dann?  
Es ist ein dritter Weg zur Eroberung der politischen Macht nicht gibt, heißt die KAPD. nach diesen Erkenntnissen ihrer Führer überhaupt auf eine politische Partei zu sein. Während bis vor kurzem der Kampf um die reifliche Eroberung der politischen Macht das A und O der ganzen kommunistischen Bewegung war, will sie nunmehr überhaupt nichts mehr davon wissen. Bis jetzt galt der gewerkschaftliche Kampf um Erhöhung der Löhne bei den Kommunisten immer als verdrängende Reformisterei. Nicht um Lohn-erhöhung oder keine Verbesserung sollte gekämpft werden, sondern die Gewerkschaften sollten ganz um revolutionären Kampfe um die Eroberung der politischen Macht eingestellt werden. Die sozialdemokratische Partei wurde verspottet, weil sie sich neben der Aufklärung und Schulung der arbeitenden Massen, um die sozialistische Idee im freien Ringen der Besten der Verwirklichung entgegenzusetzen, auch die Vertretung der Interessen der Arbeiter im politischen Tageskampfe angelegen sein ließ. Heute kommt nun die Gegner dieser opportunistischen Tagespolitik wieder her und lehnen jede Eroberung der politischen Macht ab und wollen nur um die Erhöhung der Löhne kämpfen.

Das ist die angeblich zielklare Politik der KAPD. Vollständiger kann der Zusammenbruch dieser Partei tatsächlich nicht mehr werden. Für die Anhänger dieser Partei bleibt nur noch die Frage offen, ob sie für eine so vollkommen überflüssige Einrichtung, wie die KAPD. sie heute darstellt, noch ein bisschen Beiträge opfern wollen, denn für die Erhöhung der Löhne stehen die Gewerkschaften schon immer im Kampf.

Die KAPD. war gerade in dieser Hinsicht stets nur ein Hindernis.

## Die sabotierte Volkstagsitzung.

In der für gestern nachmittag angelegten Volkstagsitzung sollte die bereits in der letzten Sitzung wegen Beschlussfähigkeit ausgelegte Abstimmung über das von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Mißtrauensvotum gegen den Senat erfolgen. Auch gestern ließ es die bürgerliche Mehrheit wiederum nicht zur endgültigen Abstimmung kommen, indem sie die Sitzung durch hinauslaufen beschlussunfähig machte. Von den erschienenen über 80 Abgeordneten gaben nur 88 ihre Stimme ab. 38 stimmten für das Mißtrauensvotum, 2 mit nein. So lief dann auch diese Sitzung wieder wie das Hornberger Schiefer aus. Der Präsident setzte die neue Sitzung auf Dienstag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr mit der gleichen Tagesordnung fest.

Die Obstruktionspolitik der bürgerlichen Mehrheit ist mehr als handlich. Die Lösung der bestehenden innerpolitischen Schwierigkeiten und damit die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments wird dadurch immer weiter hinausgeschoben. Andererseits offenbart der Sitzungsablauf damit vollends seine Hilflosigkeit, mit der er der jetzigen Situation gegenübersteht. Nachdem man die notwendige Neuwahl des Volkstages abgelehnt hat, versucht man auf diese Art, den „starken Mann“ zu mimen. Auch die Furcht vor der auf der Tagesordnung stehenden Aussprache über den Vortragsbucher, scheint mit die Veranlassung gegeben zu haben, die Sitzung zu sabotieren. Die bisherigen Wähler der bürgerlichen Parteien sollten sich auch diese „praktische Arbeit“ ihrer Abgeordneten merken.

## Schafft endlich Abhilfe!

Der Zentralverband der Steinseger usw. schreibt uns:  
Die Arbeiterchaft des Steinsegergewerbes von Danzig leidet schon seit langem unter einer außerordentlich großen Arbeitslosigkeit. Raum der dritte Teil der Berufsangehörigen ist im Grunde beschäftigt. Der größte Teil derselben ist ständiger Gast bei der Erwerbslosenfürsorge. Und doch wäre es hier ziemlich leicht für die maßgebenden Stellen die Arbeitslosigkeit erheblich einzuschränken. Die Straßen der Stadt und der Landkreise zeigen ein betrübendes Bild. Der Verfall derselben nimmt immer schärfere Formen an. Arbeit wäre bei einigermaßen gutem Willen vorhanden. Aber so heißt es: die beschränkten Mittel der Stadt lassen eine Verbesserung des Straßenwesens nicht zu. Es ist schon früher betont worden, daß das Weitergehen des Verfalls der Straßen der Allgemeinheit teuer zu stehen kommt. Es ist mehr wie kurzweilig gehandelt, wenn man dem Verfall der Straßen nicht rechtzeitig durch Ausbesserungen und Erneuerungen begegnet. Jedes Warten bezahlt der Steuerzahler doppelt auf seinem Beutel. Geht man durch die Danziger Straßen, so kann es leicht erscheinen, als ob erst dann nur erneuert werden soll, wenn es nichts mehr zu erneuern gibt. Durch rechtzeitiges Ausschleppen der verschiedensten Straßenzüge könnte ungeheuer

viel teures und kostbares Straßenbaumaterial noch gerettet werden, welches jetzt durch den zunehmenden Verkehr vollkommen der Vernichtung anheim fällt. Es scheint aber, daß man sich in Danzig wenig Gedanken über diese Gefahren macht. Denn sonst müßte im Interesse der Allgemeinheit viel nachdrücklicher im Sinne der Erhaltung der Straßen gearbeitet werden. Das Steinsegergewerbe hat als größten Auftraggeber des Berufes die Stadt. Die Straßen sind schlecht. Immer wieder finden wir in der Tagespresse Hinweise und Notrufe aller an einen geordneten Verkehr interessierten Kreise. Aber geschehen ist gar nichts, um die unliebsamen Straßenverhältnisse zu verbessern. Für die Arbeiterchaft des Steinsegergewerbes ist die völlige Inangriffnahme von größeren Straßenausbesserungen und Erneuerungen Brot und Arbeit; für die Allgemeinheit der Steuerzahler bedeutet aber die rechtzeitige Inangriffnahme dieser Arbeiten die Rettung großer der Gesamtheit nützbarer Werte.

## Der polnische Eisenbahnerstreik.

Zu den von uns gestern gemeldeten Störungen im Korridorverkehr teilen wir weiter mit, daß der Sitz des Streikkomitees in Posen ist. Sämtliche Kategorien des Eisenbahnerpersonals und die Werksstättenarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Auf Befehl des poln. Kriegeministers hat das Posener Generalkommando die Jahrgänge 1882 bis 1892 der Eisenbahntrouppen einberufen. Am Streik sind zirka 20 000 Bedienstete einschl. der Direktionsbeamten beteiligt. Ab Posen führen mit militärischer Besatzung die Züge nach Thorn, Hohensalza, Bentzen, Graudenz. Die auf diesen Strecken zugelassenen Reisenden werden auf 40 bis 200 Personen pro Zug beschränkt. Der gestern früh 6.18 Uhr fällige Berliner Schnellzug wurde in Königs von den Streikenden angehalten und mußte über Stolz geleitet werden. Infolgedessen traf dieser Zug kurz vor 11 Uhr vormittags in Danzig ein. Gestern abend 9.56 Uhr fuhr der Berliner Schnellzug mit deutschem Personal ab und erhielt ab Dirschau militärischen Schutz. Der D-Zug Warschau—Danzig ist noch nicht eingetroffen. Man vermutet Gleisführung zwischen Bromberg und Dirschau. Die Züge nach Brauns und Karthaus fahren nur bis Rappin, diejenigen nach Altemühle nur bis Klein-Respin. Züge nach Posen, Warschau und nach Neustadt fallen aus. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß wegen der Unterbrechungen des Korridorverkehrs infolge des polnischen Eisenbahnerstreiks die Berliner Zentralfstellen dringend gebeten worden sind, schleunigst für Abhilfe dieses unhaltbaren Zustandes Sorge tragen zu wollen. Außer diesen Behinderungen des Eisenbahnverkehrs kommt hinzu, daß sich der Streik auf die Warschauer Vororte und Straßenbahnen erstreckt.

## Stiefkind Volksschule.

Die Volksschule war schon immer das Wundenbündel des Staates. Die Freistaat-Schulverwaltung scheint nun dem Rückschritt besonders stark zu huldigen, obwohl immer erzählt wird, daß unser Schulminister ein durchaus fortschrittlicher Mann sein soll. Wie berichtet wird, nahm eine Versammlung des Junglehrervereins dieser Tage zu der von der Behörde geplanten weiteren Zusammenlegung von Klassen in den Danziger Volksschulen Stellung. Nachdem nach der großen Ferien 12 Klassen eingezogen sind, sollen im Oktober weitere 14—16 Klassen folgen. Die Anwesenden wandten sich ziemlich erregt gegen diese Maßnahme. Es wurde dargelegt, daß, wenn auch die Klassenräume die neue Zahl der Schüler lassen, diese Zusammenlegung auf jeden Fall aus gesundheitlichen, erzieherischen und unterrichtlichen Gründen zu vermeiden sei. Eine Hauptforderung der Grundschule, die seit nahezu 1 1/2 Jahren in Danzig eingeführt ist, sei die bedeutende Verminderung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen. Diese Maßnahmen der Behörde bedeuten jedoch einen wesentlichen Rückschritt. Es wurde auch auf die traurige Lage der Junglehrer im allgemeinen und der durch die Zusammenlegung der Klassen trotz des gemachten Lehrers im besonderen hingewiesen. Diese übertriebene Sparbarkeit werde tiefe Folger hinterlassen, die unsere Schule nur schwer wird wendigen können.

Die Verantwortlichkeit kann zu diesen verhängnisvollen Maßnahmen der Schulverwaltung nicht schweigen. Wenn die knappen Finanzen des Freistaates schon nicht zulassen, daß die gründliche Reform der Volksschule vorerst zurückgestellt werden muß, so muß aber mit aller Entschiedenheit gegen die weitere Verschlechterung der Volksschule, wie sie die Zusammenlegung von Klassen und damit die Vermehrung der Schülerzahl darstellt, Front gemacht werden.

Die Amtsbefugnisse des Wirtschaftsministers, die diesem durch eine Verordnung vom 28. Januar 1920 erteilt sind, hat nunmehr der Senat durch eine Verordnung übernommen. Das Wirtschaftsamt ist beauftragt, bis zur anderweitigen Regelung die Geschäfte als Geschäftsabteilung des Senats weiterzuführen.

Der Reichs- und Staatskommissar — Hofgerichtliche für Beamte und Lehrpersonen — weist erneut darauf hin, daß die Sprechstunden für die im Freistaat lebenden wohnenden Beamten, Lehrer und deren Hinterbliebenen nur auf Montag und Donnerstag jeder Woche von 9 bis 11 Uhr festgelegt sind. — Wichtigkeit wird bekanntgegeben, daß die Rasse der Fürsorgekassen an jedem Mittwoch für das Publikum geschlossen bleibt.

Wieder eingefunden haben sich die gestern als vermißt gemeldeten, am Joppoher Badestrand verschwundenen drei Kinder. Die Kinder hatten kein Geld zur Rückfahrt nach Danzig und waren deshalb zu einer Verwandten gegangen, bei der sie übernachteten. Die Dame, die den Kindern den nächsten Tag wahrscheinlich nicht verbergen wollte, hatte nicht sofort die Eltern benachrichtigt, wodurch die Vermisstmeldung entstanden war.

Erstas Henry in Danzig. In den nächsten Tagen trifft in Danzig der bekannte Circus Henry ein. Diese Groß-Wanderzirkus eröffnet am Donnerstag, den 1. September in ihrem 7000 Personen fassenden modernen Sommerzelt auf dem Seumarkt ein Gastspiel. Die Direktion, die mit ihrem Unternehmen die größten Einnahmen auf dem Gebiete der zirkusmäßigen Kunst liberal ausgestellten Weisfall fand, hat ein besonderes Programm zusammengestellt, aus dem folgende Nummern genannt seien: Henry's wilde Schwungreiter, Henry's Clownsgruppe, Henry's Massendresuren, Schlägerbrett-Arbeiten, liegende Menschen, ungarische Reitertruppe, Reiter und Reitkünstlerinnen und die sensationelle Wildwesttruppe. Der Vorverkauf für das Gastspiel hat bei Krüger & Oberbet, Kohlenmarkt 24, bereits begonnen.

Polizeibericht vom 24. August 1921. Verhaftet: 14 Personen, darunter: 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Hausüberfalls, 1 wegen Betrugs, 7 in Polizeigast, 1 zur Festnahme. — Obdachlos: 1 Person.

Wahltag (Gedens Wecker). Der Gedensche Wecker hat seinen 100. Geburtstag gefeiert. Der Gedensche Wecker hat seinen 100. Geburtstag gefeiert. Der Gedensche Wecker hat seinen 100. Geburtstag gefeiert.

Reisebericht. Der Sozialdemokratische Verein hat am Sonntag, den 27. August, abends 8 Uhr im Lokale Wähler eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Pohn über Danzig und Polen. Der Redner bricht vom 2. Czarlat. Gen. Fischer. Bericht über die Tätigkeit unserer Stadterordneten, Gen. Riemann. Wahl des ersten Vorsitzenden. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen. — Jeden Mittwoch nach dem 1. und nach dem 15. findet ein Diskussionsabend statt.

## Veranstaltungs-Anzeiger

Arbeiter-Sportartell. Mittwoch, den 24. August, abends 8 Uhr: Partellführung im Stadtturm. Vollzählige Erläuterung erforderlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Mittwoch, den 24. Aug., nachmittags 4 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung von Krawitz bei Rader. Niedere Geigen. Sonnabend, den 27. Aug., abends 8 Uhr: Vorstanderversammlung der Elektriker im Gewerkschaftshaus, Zimmer 70.

Berein Arbeiter-Jugend. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr: Gefelliger Bunter Abend. Die Jugend nebst Eltern und Bekannten sei herzlich eingeladen. Das Heim befindet sich in der Reiterstraße, Zimmer 81.

Vertrauensmänner der SPD. Lita: Am Freitag, den 28. August, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Ostbahn“ Vertrauensmänner-Versammlung.

## Standesamt vom 24. August 1921.

Todesfälle: Unbekannte männliche Kindesleiche. — S. des Arbeiters Erich Schönsee, 2 W. — S. des Hausdieners Friedrich Kreuzholz, 12 Stunden. — S. des Formers Eduard Etolow, 3 W. — T. des Kaufmanns Kurt Neumann, 7 W. — Witwe Anna Kolschitz geb. Krause, 84 J. 4 W. — Nähterin Ida Kuschel, 61 J. 7 W. — Witwe Franziska Witting geb. Prose, 84 J. 1 W. — Frau Marika Schmidt, 62 J. 7 W. — Helzer vom Dampfer „Ganja“ Swanoff Gregory, 28 Jahre.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

| Deutsche Mark:    | (Ausg. 2,20) | 3,87 1/2 | am Vortage | 3,37   |
|-------------------|--------------|----------|------------|--------|
| Dollar:           | 65 1/2       | — 68     | —          | 66 1/2 |
| Engl. Pfund:      | 316          | — 17     | —          | 320    |
| Frans. Franken:   | 650          | — 52     | —          | 670    |
| Schweiz. Franken: | 1440         | — 45     | —          | 1480   |



## Wasserstandsberichte am 24. August 1921.

|               | gestern | heute | gestern          | heute |       |
|---------------|---------|-------|------------------|-------|-------|
| Jawisch       | +0,47   | +0,48 | Dinkel           | -0,81 | -0,81 |
| Warschau      | +0,50   | +0,42 | Dirschau         | -0,75 | -0,75 |
| Ploch         | +0,18   | +0,18 | Einlage          | -2,22 | +2,24 |
| Thorn         | -0,33   | -0,33 | Schlewendorf     | -2,48 | +2,30 |
| Jordon        | -0,40   | -0,40 | Schneus D. P.    | -6,19 | +6,20 |
| Gulm          | -0,55   | -0,55 | Galgenberg D. P. | -4,48 | +4,48 |
| Wausberg      | -0,46   | -0,49 | Neuhoferdorf     | -2,26 | +2,28 |
| Angbrack      | +0,06   | +0,08 | Krawach          | -1,27 | —     |
| Montauerspitz | -0,50   | -0,51 |                  |       |       |

## Letzte Nachrichten.

### Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

Washington, 23. Aug. Reuter. Die erste amtliche Bestätigung der Berliner Meldungen, wonach Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag schweben, kam heute aus dem Staatsdepartement. Es wurde angegeben, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden. Es wurde hinzugefügt, daß die Regierung der Ver. Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in vorteilhafter Weise geführt werden könnten. Es wurde angekündigt, daß eine endgültige Verlautbarung vor dem Wochenende erwartet werden könnte.

Kommunisten nur noch ohne Erfolg. Die „rote Fahne“ behält an verborgener Stelle, aber mit wachem Erfolg, angehängt der Lage des Volkes hätte die kommunistische Partei in Russland ihre Mitglieder drakonische Beschlüsse gefaßt. Es wird zum Beispiel jeder, der zwei Paare Stiefel besitzt, aus der Partei ausgeschlossen. Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Mit diesen Beschlüssen wird gewisslos das russische Proletariat einer immer steigenden Kulturlosigkeit entgegengeführt. Wir fragen uns, warum macht die deutsche KAPD, die doch sonst eine so gelehrige Schülerin Moskau ist, diesen Beschlüssen nicht nach? Wir wären gespannt, welche Wirrungen derartige Beschlüsse auf ihre Mitglieder auslösen würden.“

Einen originellen Text hat ein Inhaber des Posener Gefängnisses angewandelt, um sich seine Straffast bedeutend abkürzen. Ein Schwindler namens Devel hatte fünf Jahre Gefängnis abzusitzen, von denen er erst einen kleinen Teil hinter sich hatte. Es machte im Gefängnis die Bekanntheit eines Reiners, der wegen Rohlsilverkauf zu sechs Wochen verurteilt worden war. Als dessen Straffast beinahe abgelaufen war, redete ihm Devel ein, er habe sich im Datum geirrt und der von ihm angenommene Tag sei nicht der der Entlassung, sondern der sei erst drei Tage später. Aus Wogen der richtigen Entlassungstages ging Devel mit den Papieren seines „Kollegen“ ins Bureau, während dieser noch schlief, wurde entlassen und verschwand auf immerwiedersehen. Der andere wartete noch drei Tage, um dann zu erfahren, daß er ein „anderer“ zur Flucht aus dem Gefängnis verholten hatte.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Solz, für Freipolitik, Lokales und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für die Interele Bruno Wöber in Oliva. Druck und Verlag von F. Sehl u. Co., Danzig.

## Ämliche Bekanntmachungen.

### Verordnung über Pafgebühren.

Nachdem durch Befehl vom 12. 7. 1921 (We.-Bl. für die Freie Stadt Danzig S. 169) § 8 des Pafgesetzes vom 12. Oktober 1867 aufgehoben worden ist, ordnen wir folgendes an:

§ 1.  
Für die Ausstellung eines Danziger Pafes oder Pafersches wird neben der Stempelabgabe von zur Zeit 3 M eine Gebühr von 6 M zur Staatskaffe erheben.

§ 2.  
Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.  
Danzig, den 16. August 1921. (4894)  
Der Senat der Freien Stadt Danzig.  
gez. Sahm. gez. Schümmer.

### Bekanntmachung.

Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, der das Fischereigewerbe betreibenden Bevölkerung der Freien Stadt Danzig zur Ausübung der Fischerei auf See innerhalb der polnischen Territorialgewässer die Bewilligung zur Ausübung des Fischfanges zu erteilen.

Die an die Bewilligung der Fischereierlaubnis geknüpften Bedingungen liegen in dem Senatsbüro der Abteilung für Landwirtschaft (Regierungsgebäude - Neugarten, Zimmer 77) aus und sind gegen eine Gebühr von 2 M zu erhalten.

Danzig, den 23. August 1921. (4893)  
Der Senat.  
Landwirtschaftliche und Domänenverwaltung.

### Bekanntmachung.

Die Danziger Waren-, Effekten- und Devisen- und Textil-Börse wird am Montag, den 29. August 1921 vormittags 11 Uhr im Artushof, Langermarkt 44 eröffnet.

An der Eröffnungsfeier können Inhaber und Prokuristen sämtlicher im Freistaat handelsrechtlich eingetragenen Firmen teilnehmen.

Karten für den unentgeltlichen Eintritt zu dieser Feier können von der I. Geschäftsstelle der Handelskammer ab Donnerstag, den 25. ds. Mts. abgeholt werden.

Die Inhaber von Börsenkarten sind ohne weiteres zum Eintritt berechtigt.

Die Handelskammer. (4896)

### Stadttheater Danzig

Direktion: Rudolf Schayer.

Spielzeit 1921/22

Der Verkauf von Dauerkarten für die bisherigen Inhaber von Dauerkarten wird am Sonnabend, den 27. August 1921, mittags 1 Uhr abgeschlossen. Über alle, bis dahin nicht abgehollten Karten wird nun Montag, den 29. August ab ausnahmslos anderweitig veräußert. (4891)

### Varieté Wintergarten

Beginn  
Olivaer 730 Uhr  
Tor 10 1925  
Telephon 1925

Direktion: Arthur Löwinoohn.

### Wer wird denn weinen



wenn man zu  
**Paul Beckers**  
geht.  
Lachen ohne Ende!

Der vertauschte Anton  
Burleske in 3 Akten.  
Ferner: (4889)

### Neue Varieté-Sterne!

### Lichtbild-Theater

III. Danziger 3. (4885)  
Spielplan vom 24. - 26. August 1921



### Die Rache der Spionia!!

I. u. II. Teil zusammen 7 gew. Sensations-Akte  
mit Anton Ernst Richter u. Eva Speyer.

### Der Mann im schwarzen Mantel!

Amerikanischer Abenteuerfilm in 5 Akten.

## Große Kunstausstellung

des  
Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler  
Ortsgruppe Danzig

vom 7. bis 31. August, täglich von 9 bis 5 Uhr  
im alten Zeughaus, Kohlenmarkt

Eingang Wollwebergasse.

Aussteller u. a.:

Berlach, Corinth, Lehbruck, Meseck, Chisowski, Donnowsky, Kreisel, Pfahl, Schelltes, Lucks, Mokwa, Steinert, Stubenrauch, Lehmann-Siegmundsborg, Wendrich, Zolsold, Zellmann, Kokoschka, Grossmann, Jäckel, Heckel, Degner, Behrendt, Rob. Hoffmann, Girod, Erlenstein, Meid, Fingesten, Orlik, Hasemann.

Die Ausstattung der Räume stammt von der  
Firma August Mombert, Dominikawall 9/10.

## KASINO ZOPPOT

das ganze Jahr  
geöffnet

## HERBST u. WINTER

große künstlerische, sportliche  
und gesellschaftliche  
Veranstaltungen

## Mais sowie Maischrot

bettes Kraft- oder Mast-  
futter, haben ständig auf  
Lager

Danziger  
Stadtmühlwerke  
Speiser & Co.

## M. Sportwagen

ohne Verdeck, zu verkauf.  
Hopp, (†  
Spandhausneugasse 8.

## 2 Paar Schuhe

(Schwarze u. weiße) Gr. 35,  
zu verkaufen. Kruse,  
Ballion Ausbruna 1. (†

## Kontrollkasse

National-Bondrucker, geg. bar  
zu kaufen gesucht. Angebots  
u. B. N. O. 7104 a. Exp. d. Ztg.

## Strümpfe anstricken

werden zum anstricken  
angenommen. Kobelt,  
Panofuhr, Rabesweg 1, 1.

## M. möbl. Zimmer

am liebsten bei Partei-  
gerößen, gesucht. Offerten  
unter 316 an die Exped.  
dieser Zeitung. (†

### Kleide dich billig, elegant!

Im Leihhaus Mildkannengasse 15, 1 Treppe.

Jackett- und Sport-  
Anzüge, Cutaways,  
gute Stoffe, elegante Pafform,  
billige Preise. (4170)  
Keine Lombardwaren.



# BORG-

## Zigaretten

huldigen über 30 Jahre  
dem Grundsatz:

Nicht Größe,  
sondern **Qualität!**

Ich bin beim hiesigen Amts- und Land-  
gericht als

## Rechtsanwalt

zugesellen.  
Meine Bureauräume befinden sich Joppe-  
gasse 59, 1 Treppe, frühere Außenhandels-  
stelle. Telephon 637. Diese sind geöffnet  
von 8-1 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr  
nachmittags.

Danzig, den 13. August 1921.

## Dr. Hellwig

Rechtsanwalt.

## Bahn-Kranke

werden sofort schmerzlos behandelt  
ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse,  
Umarbeitungen, Reparaturen in  
eifigen Fällen an einem Tage.  
Spezialität: Gebisse ohne Platte.  
Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold  
unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses  
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-  
rechnung.

Sprechzeit 8-7, Sonntags 9-12.

Institut für Zahnleidende  
Pfefferstadt 71<sup>1</sup>

Telephon 2821. (3346)

## Saldenkohlen- briketts und sortierte Saldenkohle

mit über 6000 Wärmeeinheiten, also Braun-  
kohlenbriketts mit etwa 5000 Wärmeeinheiten  
erheblich überlegen, besonders geeignet für  
Hausbrand und sämtliche industriellen Feuerungen,  
insbesondere Kesselfeuerungen,

markenfrei zum Zentnerpreise von  
Mk. 25.— bzw. Mk. 20.—

in jeder beliebigen Menge abzugeben.

## Stadt. Gaswerk

am Milchpeter,

Telephon 257 und 532. (4892)

## Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik von M. A. Hassa.

Prima Kammgarn-Wolle 4

Page 50 Gramm . . . 6.50, 5.50, 4

Vieler Knaben-Anzüge 90 an

Keine Wolle mit Zwirnketten.  
Eigenes Fabrikat in 10 Größen von (4614)

## Zum sofortigen Eintritt Leiter d. staatl. Schlichtungsstelle

in Danzig gesucht. Jurist und Volkswirtschaftler.  
Besoldung nach Gruppe X der staatlichen Be-  
soldungsordnung. Anstellung nach Bewährung  
als unmittelbarer Staatsbeamter. Anrechnung  
früherer Dienstjahre auf das Besoldungsdienst-  
alter wird in Aussicht gestellt. Meldungen an

Senat der Freien Stadt Danzig  
Abteilung Betriebe, Verkehr und Arbeit.

60 Stück reinrassige  
darunter Herdbuchtiere der

## Harzer u. Saanenziegen

Uebergänger wie auch

## Bock- u. Mutterlämmer,

welche diesjährig direkt aus  
dem Harz und aus Zell ein-  
geführt sind, gelangen wegen  
Farm-Brandschadens zum  
Verkauf.

## Edelziegenfarm,

frühere Sapper Schießstände hinter Telegraphen-  
kaserne auf dem großen Gärzlerplatz. (†

## Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.